



Niederschrift

97. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 30.10.2013
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:48 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	bis 17:55 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	ab 17:05 Uhr
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	ab 17:03 Uhr
Herr Jan Wendt	Die Andere	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	ab 18:30 Uhr

stellv. Ausschussmitglied:

Herr Pete Heuer	SPD	ab 17:55 Uhr
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	bis ca. 17:55 Uhr
Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten	bis 18:30 Uhr

Nicht anwesend ist:

Ausschussmitglieder

Herr Stefan Becker FDP entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Finanzen	Frau Krusemark, FB Recht, Personal und Organisation
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung und Sport	Herr Kalesse, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde
Frau Müller-Preinesberger GB Soziales, Jugend Gesundheit und Ordnung	Herr Nicke, Pro Potsdam
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters	Herr Neumann, Herr Buchholz, EWP
Frau Ziegenbein, Schriftführerin	Frau Gruß, FB Finanzen und Berichtswesen weitere Gäste – siehe Gästeliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
25.09.2013
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468
Fraktion DIE LINKE
- 3.2 Änderung der Hauptsatzung - Einwohnerversammlungen
Vorlage: 12/SVV/0608
Fraktion FDP
- 3.3 Anhebung Kosten der Unterkunft
Vorlage: 13/SVV/0433
Fraktion Die Andere
neue Fassung vom 14.10.2013
- 3.4 Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0282
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
- 3.5 Satzung über eine Übernachtungsteuer
Vorlage: 13/SVV/0503
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
-Austauschseiten-
- 3.6 Statusbericht Regionaler Wachstumskern (RWK) Landeshauptstadt Potsdam
2013
Vorlage: 13/SVV/0432
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 3.7 Fortschreibung des Standortentwicklungskonzepts für den RWK
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0514
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
- 3.8 Kein Verkauf ohne Bedingungen
Vorlage: 13/SVV/0495
Fraktion SPD
- 3.9 Weisse Flotte

- 3.9.1 Moderiertes Werkstattverfahren Weisse Flotte
Vorlage: 13/SVV/0554
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung-Stadterneuerung
- 3.9.2 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild
Vorlage: 13/SVV/0249
Fraktion FDP
- 3.9.3 Standort Weisse Flotte
Vorlage: 13/SVV/0461
Fraktion DIE LINKE
- 3.9.4 Neubau Weisse Flotte - Änderung der Sanierungsziele im Sanierungsgebiet
"Potsdamer Mitte"
Vorlage: 13/SVV/0546
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.9.5 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte"
Änderung der Sanierungsziele im Bereich "Hafen/Neuer Lustgarten"
Vorlage: 13/SVV/0553
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.10 Antrags- und Auskunftsrecht für Ortsbeiräte
Vorlage: 13/SVV/0404
Fraktion DIE LINKE
- 3.11 Rückführung der Attikafiguren
Vorlage: 13/SVV/0490
Fraktion CDU/ANW, SPD
- 3.12 Dienstanweisung zur Erfüllung der Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte der
Stadtverordneten nach der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
Vorlage: 13/SVV/0532
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.13 Büro für Bürgerbeteiligung
hier: Trägerschaft und Zuwendung
Vorlage: 13/SVV/0704
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Angelegenheiten der Energie- und Wasser Potsdam GmbH
gemäß: DS: 07/SVV/0555
- 4.2 Bezahlbarer Wohnraum
Vorlage: 13/SVV/0522
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

- 4.3 Masterplan für den Potsdamer Norden
Vorlage: 13/SVV/0576
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.4 Information bezüglich der 3D-Straßenvermessung
- 4.5 Information über den Stand der Gespräche zur Errichtung eines
Gemeindezentrums für die russisch- orthodoxe Kirche in Potsdam
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.09.2013

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

- den Tagesordnungspunkt **3.9** – Weisse Flotte – zu Beginn der Sitzung zu beraten und den Anträgen auf

Rederecht:

- für die beiden Bürgerinitiativen:
"Rettet den Lustgarten" und "Förderverein zum Wiederaufbau der Neptungruppe" zu diesem Tagesordnungspunkt zuzustimmen, soweit die Vertreter anwesend sind.

Frau Bankwitz beantragt für Herrn von Ketteler ein weiteres Rederecht zu diesem Tagesordnungspunkt.

Im Weiteren schlägt der Oberbürgermeister vor, den

- Tagesordnungspunkt 3.2, DS 12/SVV/0608– Änderung der Hauptsatzung – Einwohnerversammlungen, zurückzustellen, da kein Vertreter der Fraktion FDP anwesend ist, ebenso
- den Tagesordnungspunkt 3.8, DS 13/SVV/0495 - Kein Verkauf ohne Bedingungen, da es hier zwar einen Vorschlag für einen geänderten Beschlusstext gibt, aber gleichzeitig auch Gesprächsbedarf dazu in den Fraktionen,
- Gleiches treffe auf den Tagesordnungspunkt 3.12, DS 13/SVV/0532 - Dienstanweisung zur Erfüllung der Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte der Stadtverordneten ..., zu.

Außerdem werden unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ Informationen zu

- einem Terminvorschlag für die gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses der Landeshauptstadt Potsdam und dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark
- der Verschiebung des Sitzungsbeginns der Hauptausschusssitzung am 27.11. auf 17:30 Uhr und
- auf Bitte der Fraktion DIE LINKE zum Sachstand – Livestream gegeben.

Gegen die Änderung der Tagesordnung und Beratung des Punktes 3.9 sprechen sich Herr Schüler und Herr Cornelius aus, da Gäste der Sitzung keine Kenntnis davon erhalten und damit auch keine Möglichkeit haben, ihr Rederecht wahrzunehmen. Herr Cornelius schlägt im Weiteren vor, den Punkt 3.9 auf Grund der Diskussion im Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen zurückzustellen und die Verwaltung mit einem Gutachten zu beauftragen, ob der Standort für ein Gebäude am Bahndamm erfolgversprechend sei. Damit könne die sehr emotional geführte Debatte versachlicht werden.

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit, bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister die Änderung der Reihenfolge und Beratung des Tagesordnungspunktes 3.9 zu Beginn der Sitzung zur Abstimmung. Dieser Geschäftsordnungsantrag wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 3 Nein-Stimmen angenommen.

Die so geänderte Tagesordnung, einschließlich der Rederechte wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 96. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 25. September 2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.9 Weisse Flotte

zu 3.9.1 Moderiertes Werkstattverfahren Weisse Flotte

Vorlage: 13/SVV/0554

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung-Stadterneuerung

Nach einer Erläuterung der Standortentscheidungen für die Weisse Flotte per Power-Point-Präsentation begründet Herr Klipp, was gegen eine Rückkehr zum Stand im Jahr 2010 spreche. Er führt an, dass sich seitdem die Potsdamer Mitte ebenso verändert habe, wie die rechtlichen und eigentumsrechtlichen Bedingungen, hier insbesondere des Hotels „mercure“. Geändert hätten sich auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, da bislang zur Verfügung stehende Fördermittel nun nicht mehr verfügbar seien. Insgesamt habe die Stadt auf diese geänderten Bedingungen nur wenig Einflussmöglichkeiten. Er betont weiter, dass ein hoher Bedarf an einer rechtlichen Präzisierung der Sanierungsziele in der Potsdamer Mitte bestehe und sich dabei möglichst alle Optionen offengehalten werden sollten. Das bedeute entweder eine temporäre

Lösung für die Weisse Flotte, die irgendwann wieder zur Disposition steht oder eine dauerhafte Lösung am Neptunbecken. Deshalb plädiere er für ein bewährtes Verfahren, wie das Werkstattverfahren zur Entwicklung der Potsdamer Mitte, das ergebnisoffen durchgeführt werden soll.

Anschließend nimmt Herr von Ketteler sein Rederecht wahr und plädiert für einen Neubau am Neptunbecken.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Zum weiteren Verfahren schlägt der Oberbürgermeister vor, dass nach Einbringung des Antrags seitens der Verwaltung, Frau Hüneke für den jetzt gemeinsamen Antrag der Fraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie Herr Dr. Scharfenberg für die Fraktion DIE LINKE ihre Anträge einbringen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.9.4 Neubau Weisse Flotte - Änderung der Sanierungsziele im Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte"

Vorlage: 13/SVV/0546

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters bestätigt Frau Hüneke, dass dieser Antrag **zurückgezogen** ist, da wesentliche Inhalte im Antrag der Fraktion FDP enthalten sind.

zu 3.9.2 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild

Vorlage: 13/SVV/0249

Fraktion FDP

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt, den Antrag in der Fassung vom 27.06.2014 abzulehnen.

Frau Hüneke erklärt, dass der vorliegende Antrag von der Fraktion FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne nunmehr gemeinsam getragen und dieser mit einem geänderten 2. Absatz mit folgendem Wortlaut vorgelegt wird:

Zur Präzisierung der Sanierungsziele in Bezug auf den Standort des Hotels „mercure“ wird 2014 ein ergebnisoffenes Wettbewerbsverfahren durchgeführt.

Die Verwaltung wird beauftragt, dazu einen Verfahrensvorschlag im Januar 2014 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vorzulegen.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er die von Herrn Klipp vorgetragene geänderten Rahmenbedingungen nicht erkenne, weil die Entwicklung der Potsdamer Mitte mit dem Landtagsschloss schon 2010 klar war und die Verwaltung selbst einen Neubau am Fuße des Hotels „mercure“ vorgeschlagen hat. Dem sei die Stadtverordnetenversammlung ebenso gefolgt wie dem neuen von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort am Neptunbecken. Um nicht wieder eine lange Diskussion zu eröffnen, schlage die Fraktion DIE LINKE vor, an den Vorschlag aus 2010 anzuknüpfen. Er werbe dafür, heute zu entscheiden sowie am kommenden Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung, um damit eine Grundlage für die Weisse Flotte zu schaffen.

Dem schließt sich Herr Schubert an und bittet gleichzeitig um eine Präzisierung des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit folgendem Wortlaut:

Der Beschluss 12/SVV/0853 wird aufgehoben.

Der Beschluss 10/SVV/0605 vom 06.09.2010 soll umgesetzt werden.

Damit gehe man nicht „zurück auf los“, sondern auf eine schon einmal bestehende Beschlusslage.

Dies, so Herr Heinzel, entspreche auch der Auffassung der Fraktion CDU/ANW, weil nun endlich eine Entscheidung getroffen werden müsse. Der Vorschlag von Frau Hüneke bedeute dagegen eine weitere Zeitverzögerung.

Herr Cornelius geht in seinem Redebeitrag auf die genannten verschlechterten Rahmenbedingungen ein. Die bislang vorgeschlagenen Lösungen seien aus den verschiedensten Gründen nicht umsetzbar gewesen und auch der jetzt vorliegende Vorschlag der Fraktion DIE LINKE sei nicht umsetzbar – diesmal aus finanziellen Gründen. Deshalb ziehe er den von der Fraktion Potsdamer Demokraten dazu vorgelegten Änderungsantrag zurück und spricht sich für einen Bau am Neptunbecken aus. Da das Schilfbecken nun weg falle, sei das eine interessante und gute Lösung für die Weisse Flotte und die Stadt Potsdam.

Im weiteren Meinungsaustausch begründen Frau Hüneke, Herr Dr. Scharfenberg, Herr Heinzel und Herr Cornelius ihre Standpunkte und gehen auf vorgetragene Argumente ein.

Herr Dr. Scharfenberg übernimmt den Änderungsantrag der Fraktion SPD und präzisiert den vorgeschlagenen Termin von Ende 2013 auf März 2014.

Herr Heuer erinnert daran, dass mit dem ursprünglichen Antrag der Fraktion DIE LINKE ein temporärer Anbau nicht möglich gewesen sei. Das bedeute jetzt, dass die Weisse Flotte auch das Risiko eingehen, von diesem Standort weichen zu müssen, falls das „mercure“ abgerissen oder verändert werde.

Der Oberbürgermeister betont, dass es im Endeffekt um 5 Meter gehe und die Architekten alles versucht haben, um den Wünschen von Herrn Lehmann entgegenzukommen. Am Ende ging es darum, den Stadtverordneten die Entscheidung „zuzuschieben“. Diese Entscheidung habe deshalb Tragweite, weil die Gestaltung des Lustgartens als Option bestehen bleiben soll – mit allen Folgen. Deshalb sollte die Weisse Flotte nicht ermuntert werden an einem unsicheren, sondern an einem sicheren Standort im Süden des Lustgartens zu bauen. Fakt ist, dass hier eine große Summe investiert werde, die sich refinanzieren müsse. Das bedeute, wenn die Stadt die Gestaltungsmöglichkeiten nutzen wolle, müsse sie auch Leistungen für möglicherweise anstehende Entschädigungen aufbringen.

Herr Klipp mahnt die Erreichung eines Konsenses mit den Bürgerinitiativen an und verweist darauf, dass die Errichtung eines Gebäudes im Lustgarten ein außerordentliches Privileg darstelle.

Anschließend wird die von Frau Hüneke in einer geänderten Fassung vorgeschlagene DS **13/SVV/0249** zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Sanierungsziele im neuen Lustgarten dahingehend überarbeiten zu lassen, dass die ursprüngliche Ausrichtung des Lustgartens zum Stadtschloss (neuer Landtag) und zur Stadt wieder aufgenommen wird. Als Bezugspunkt soll neben dem Landtagsneubau im Norden der Neubau der Weissen Flotte am südlichen Ende des Gartens einbezogen werden. Weiterhin sollen Gestaltungsprinzipien erstellt werden, die als Leitfaden für eine langfristige Weiterentwicklung dienen.

~~Die Planungen sind mit den Architekten des Lustgartens Dietz/Joppien und mit dem Architekten der Weissen Flotte Prof. Karl-Heinz Winkens abzustimmen.~~

Zur Präzisierung der Sanierungsziele in Bezug auf den Standort des Hotels „mercure“ wird 2014 ein ergebnisoffenes Wettbewerbsverfahren durchgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu einen Verfahrensvorschlag im Januar 2014 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 6

Da der Antrag keine Mehrheit findet, empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.9.3 Standort Weisse Flotte
Vorlage: 13/SVV/0461
Fraktion DIE LINKE

siehe 3.9.2

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Beschluss 12/SVV/0853 wird aufgehoben.

Der Beschluss 10/SVV/0605 vom 06.09.2010 soll umgesetzt und der Neubau der Weissen Flotte auf Grundlage des Verwaltungsvorschlages von 2010 für den Standort am Fuß des Mercure genehmigt werden.

Zielstellung ist, bis ~~Ende 2013~~ **März 2014** die notwendigen Voraussetzungen für die Genehmigung des Vorhabens zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 5
Stimmhaltung: 2

zu 3.9.5 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte"
Änderung der Sanierungsziele im Bereich "Hafen/Neuer Lustgarten"
Vorlage: 13/SVV/0553
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

siehe 3.9.2

1. In Abänderung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung 12/SVV/0853 vom 30.01.2013 werden die Sanierungsziele im Bereich Hafen/Neuer Lustgarten dahingehend geändert, dass für den erforderlichen Neubau der Weissen Flotte GmbH die in **Anlage 1** dargestellten Flächen südlich des Neptunbeckens sowie ergänzend an der Langen Brücke als bebaubare Fläche in die Sanierungsziele aufgenommen werden.

2. Die Planung der sogenannten ISES auf den Flächen nördlich der Bahntrasse im Lustgartenbereich wird für den Umsetzungszeitraum der Sanierungsmaßnahme aufgegeben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**
Ablehnung: **7**
Stimmenthaltung: **2**

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Vorlage: 12/SVV/0468

Fraktion DIE LINKE

Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Exner informiert, dass die Stadt auf eine Stellungnahme der WagenHausBurg bzw. des von ihr beauftragten Anwalts sowohl zur Umsetzungsvereinbarung, als auch zum Erbbaurechtsvertrag sowie zum Gutachten warte. Dafür, dass diese noch nicht vorliege, habe er aber Verständnis, weil viele Fragen zu klären seien.

Frau Dr. Müller bestätigt, dass auch die Fraktionen das Signal bezüglich vieler offener Fragen haben. Offen sei auch, über welche Nutzungszeiträume zu reden ist und wie mit den notwendigen Investitionen umgegangen werde, um eine solide Finanzierung aufzustellen. Deshalb soll der Antrag weiterhin zurückgestellt werden. Sie bittet die Verwaltung um ein Signal, wenn es sich „lohne“ wieder über das Anliegen zu beraten.

Gegen dieses Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.2 Änderung der Hauptsatzung - Einwohnerversammlungen

Vorlage: 12/SVV/0608

Fraktion FDP

zurückgestellt

zu 3.3 Anhebung Kosten der Unterkunft

Vorlage: 13/SVV/0433

Fraktion Die Andere

neue Fassung vom 14.10.2013

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales und der Ausschuss für Finanzen empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass der erste Teil bereits durch Verwaltungshandeln erledigt und der zweite Teil des Antrags rechtlich nicht zu vertreten sei.

Herr Wendt bittet dennoch um eine Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob die Kostensätze, die als Kosten der Unterkunft (KdU) übernommen werden, generell angepasst werden müssen.

Das Prüfergebnis ist den Stadtverordneten im November 2013 vorzulegen.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, zur Sicherung der

integrationspolitischen und wohnungspolitischen Zielsetzungen der Stadt für den Personenkreis der **von Obdachlosigkeit bedrohten Jugendlichen und Familien, sowie für** besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (z.B. Opfer von Folter und Gewalt, schwangere und alleinerziehende Frauen mit minderjährigen Kindern, Minderjährige, alte und behinderte Menschen) ab sofort und bis auf Weiteres Kosten der Unterkunft von bis zu 7 € kalt/qm zu übernehmen. Die Kosten, die für die Errichtung von Wohncontainern geplant waren, sollen zur Deckung des Mehraufwandes für die Kosten der Unterkunft für alle Bevölkerungsgruppen verwendet oder für den Bau preiswerter Wohnungen verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 5 Ja-Stimmen.

**zu 3.4 **Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der
Landeshauptstadt Potsdam****
Vorlage: 13/SVV/0282
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

Hierzu wurde den Fraktionen am Montag (28.10.2013) eine neue Fassung des Beschlussvorlages und eine Karte über die Zonierung übermittelt, die den Mitgliedern des Hauptausschusses nochmals als Tischvorlage vorliegen.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass er sich mit den Verbänden über die Satzungsinhalte verständigt habe, diese sich aber nicht in der Lage sehen, das Anliegen zu unterstützen.

Im Ergebnis konnte keine Einigung erzielt werden, weil die zur Disposition stehenden Fragen, wie die Änderung der Zonen, das Mitspracherecht bezüglich der Verwendung der Einnahmen, die Änderung der Bagatellgrenze und die Herausnahme kleiner Betriebe aus unterschiedlichen Gründen nicht im Sinne der Verbände geklärt werden konnten. Insbesondere hätte die Änderung der Bagatellgrenze oder die Herausnahme kleinerer Betriebe die Satzung rechtlich angreifbar gemacht bzw. stehe dem das Kommunale Abgabengesetz entgegen. Eine Satzungsänderung sei jedoch im Nachhinein möglich, wenn konkrete Umsatzzahlen vorliegen, weshalb in der geänderten Fassung der Punkt 2 mit aufgenommen worden sei. Er meine, die Lasten können mit der Tourismusabgabe auf möglichst viele Schultern verteilt werden, wisse aber auch, dass das umstritten sei und viele sich dagegen aussprechen. Deshalb liege mit der Übernachtungssteuer eine weitere Variante vor.

Herr Exner informiert über die vorgenommene Änderung der Zonierung in der Satzung. Er erläutert im Weiteren die Hintergründe zur Änderung der Bagatellgrenze und Befreiung kleinerer Betriebe von der Steuer.

Er betont im Weiteren, dass die Übernachtungssteuer eine genehmigungspflichtige Steuersatzung sei, da sie zum ersten Mal im Land Brandenburg erhoben werde. Die Zeit bis dahin habe die Verwaltung genutzt und mit dem Innenministerium korrespondiert. Die gegebenen Hinweise seien in den Austauschseiten zur Satzung berücksichtigt und an die Stadtverordneten ausgereicht worden. Darüber hinaus gehe es um die Frage, ob in der Satzung der richtige Steuerschuldner eingetragen sei. Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtes Münster sei zumindest nach westfälischem Recht der Steuerschuldner der Gast, der Steuerpflichtige jedoch der Beherbergungsbetrieb. Nach Rücksprache mit dem Innenministerium bedarf es hier evtl. einer späteren Satzungsänderung.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Schultheiß, dass die neue Fassung der Tourismusbeitragssatzung sich im Wesentlichen nicht geändert habe und die Fraktion der Potsdamer Demokraten eher zur Übernachtungssteuer tendiere. Eine juristische Auseinandersetzung werde es so oder so geben – jetzt werde eine politische Entscheidung benötigt.

Herr Heuer führt aus, dass er glaube, die Übernachtungssteuer sei die rechtssicherere Variante, aber er wisse, sie sei die gerechtere.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, so Herr Schüler, habe nach wie vor Bedenken gegen die Tourismusbeitragssatzung. Nach längerer Debatte in der Partei und in der Fraktion sei man zu der Erkenntnis gekommen, dass das nicht die Lösung sei. Aus heutiger Sicht wäre es besser gewesen, dem Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten nicht zugestimmt zu haben. Aber auch die Übernachtungssteuer löse das Problem nicht, denn sie sei die ungerechtere Variante, weil Potsdam mehr Eintages- als Mehrtagestouristen habe.

Frau Bankwitz übt Kritik an dem beschlossenen Zuschuss an die Schlösserstiftung, zumal die Stadt daraus keinerlei Rechte für sich ableiten könne. Vor allem unter dem Aspekt, dass jetzt plötzlich 16 Mio. Euro für Schulen gebraucht werden, ist die Logik der Entscheidungen nicht nachvollziehbar. Sie meine, die Steuer könne den Firmen nicht auferlegt werden und werde deshalb keiner der beiden Varianten zustimmen.

Herr Exner entgegnet, dass die Verwaltung damals schon „Bauchschmerzen“ hatte, beide Entscheidungen voneinander zu entkoppeln. Das Problem könne und müsse gelöst werden. Die Lage sei sehr ernst, vor allem unter Bezug auf die notwendigen Investitionen. Dazu werden bessere „Zahlen“ im Ergebnishaushalt benötigt und nicht weitere größere Lücken.

Herr Wendt betont, dass die Tourismusabgabe aus seiner Sicht die gerechtere sei. Nun müsse politisch entschieden und sich auch mal getraut werden.

Herr Heinzl meint, dass der Entscheidung gegen einen Parkeintritt auch Rechnung getragen werden müsse.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass der, der diesen Zusammenhang nicht sehe, von einer seltenen Ignoranz geprägt sei. Dieser Zusammenhang sei von Anfang an dagewesen und die notwendigen Steuersatzungen von langer Hand vorbereitet worden. Eines von beiden müsse es nun sein – das könne man beklagen, aber ohne ein Finanzierungsmodell werde es nicht gehen. Der Vertrag mit der Schlösserstiftung sei geschlossen und müsse erfüllt werden.

Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass sich die Fraktion DIE LINKE erst am kommenden Montag abschließend verständigen werde. Die Übernachtungssteuer halte seine Fraktion für eine Sackgasse und werde ihr nicht zustimmen – bezüglich der Tourismusabgabe werden sich die Vertreter seiner Fraktion bei der heutigen Abstimmung der Stimme enthalten.

Anschließend wird die neue Fassung der Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages zur Abstimmung gestellt:

1. Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt Potsdam
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor Erhebung der Beiträge gemäß

obiger Satzung nach Überprüfung der Messbeträge und der darauf beruhenden Kalkulation, den Entwurf einer Satzungsänderung mit verifizierter bzw. angepasster Betriebsartentabelle zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 9
Stimmenthaltung: 4

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Beschlussvorlage **abzulehnen**.

zu 3.5 Satzung über eine Übernachtungsteuer

Vorlage: 13/SVV/0503

Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
-Austauschseiten-

Siehe TOP 3.4

Die Satzung über eine Übernachtungssteuer wird unter Hinweis auf die ausgereichten Austauschseiten zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über eine Übernachtungsteuer in der Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 4

zu 3.6 Statusbericht Regionaler Wachstumskern (RWK) Landeshauptstadt Potsdam 2013

Vorlage: 13/SVV/0432

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.7 Fortschreibung des Standortentwicklungskonzepts für den RWK Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 13/SVV/0514

Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt die Zustimmung mit folgender Ergänzung:

Der Endbericht „Fortschreibung des Standortentwicklungskonzepts (SEK) für den Regionalen Wachstumskern (RWK) Landeshauptstadt Potsdam (Anlage) **wird als Handlungsgrundlage bestätigt.**

Herr Frerichs bringt die Vorlage ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Endbericht „Fortschreibung des Standortentwicklungskonzepts (SEK) für den Regionalen Wachstumskern (RWK) Landeshauptstadt Potsdam (Anlage) wird als Handlungsgrundlage bestätigt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 3.8 Kein Verkauf ohne Bedingungen
Vorlage: 13/SVV/0495
Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 3.10 Antrags- und Auskunftsrecht für Ortsbeiräte
Vorlage: 13/SVV/0404
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg betont eingangs, dass es um die Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte gehe, was auch am vergangenen Samstag zum kommunalpolitischen Tag in Groß Glienicke eine der Hauptforderungen gewesen sei. Bezüglich des Antragsrechtes gehe es um eine Verbesserung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Zweites Anliegen sei es, dass auch Ortsbeiräte Anfragen an die Verwaltung richten können.

Frau Krusemark entgegnet, dass der § 47 BbgKVerf mit dem aktiven Teilnahmerecht auch das Antragsrecht beinhalte und deshalb eine Änderung der Geschäftsordnung vorgeschlagen werde. Auskunftsrechte seien nach der Brandenburgischen Kommunalverfassung aber ausgeschlossen. Deshalb schlage sie vor, das Anliegen noch einmal mitzunehmen, um für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember einen zulässigen Formulierungsvorschlag unterbreiten zu können.

Im Ergebnis erfolgt eine dahingehende Einigung, dass der Antrag bis zur Hauptausschusssitzung am 13. November zurückgestellt und ein dem Anliegen entsprechender Vorschlag unterbreitet wird.

zu 3.11 Rückführung der Attikafiguren
Vorlage: 13/SVV/0490
Fraktion CDU/ANW, SPD

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt, dem Antrag mit folgender Ergänzung zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 29.01.2014 über die Ergebnisse der Gespräche zu informieren.

Herr Kalesse informiert eingangs über die Historie der Attikafiguren und erläutert seine denkmalpflegerische Sicht. (Der Redebeitrag ist im RIS dem TOP als Anlage beigefügt.)

Nach einem kurzen Meinungsaustausch übernimmt Herr Heinzel namens der Antragstellerin den Vorschlag, auch mit dem Landtag über diese Thematik zu sprechen.

Der Antrag wird mit der vom Ausschuss für Kultur und der von der Antragstellerin übernommenen Ergänzung zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG), ~~und~~ der Landesregierung Berlin **und dem Landtag** Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Attikafiguren, die sich gegenwärtig auf der Humboldt-Universität befinden, an ihren ursprünglichen Platz auf dem Stadtschlossneubau zurückzuführen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 29.01.2014 über die Ergebnisse der Gespräche zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	3

zu 3.12 Dienstanweisung zur Erfüllung der Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte der Stadtverordneten nach der Kommunalverfassung des Landes

Brandenburg

Vorlage: 13/SVV/0532

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 3.13 Büro für Bürgerbeteiligung

hier: Trägerschaft und Zuwendung

Vorlage: 13/SVV/0704

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg bringt die Vorlage ein. Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, wird diese zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Bietergemeinschaft Stadtteilnetzwerk Potsdam e.V., Stadtjugendring Potsdam e.V. und KUBUS gGmbH wird die Aufgabe der Trägerschaft des externen Teils des Büros für Bürgerbeteiligung mit der Maßgabe übertragen, dass die Aufgabe bis spätestens 30. Juni 2014 an den in Gründung befindlichen Verein mitMachen e.V. weiterübertragen wird.

Der Bietergemeinschaft respektive dem Verein mitMachen e.V. wird ab dem 01. November 2013 für die darauffolgenden drei Jahre eine Zuwendung von max. 130.000,00 € jährlich gewährt.

Die Zuwendung für 2013 wird anteilig gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Angelegenheiten der Energie- und Wasser Potsdam GmbH gemäß: DS: 07/SVV/0555

Herr Neumann informiert an Hand eine Power-Point-Präsentation über die Strom-, Gas- und Fernwärmepreisstruktur und erläutert die Ursachen für eine notwendige Preisanpassung.
Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Bezahlbarer Wohnraum Vorlage: 13/SVV/0522 Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Herr Dr. Scharfenberg meint Bezug nehmend auf die vorliegende Mitteilungsvorlage, dass diese nicht den Erwartungen entspreche und nicht den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung erfülle. Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass an einem wohnungspolitischen Konzept gearbeitet werde. Dies müsse aber mit Sorgfalt und unter Einbeziehung aller Beteiligten passieren und gehe nicht so ganz schnell.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Masterplan für den Potsdamer Norden Vorlage: 13/SVV/0576 Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Auf die Anmerkung von Frau Dr. Müller, einen Weg für kontinuierliche Informationen zu finden, schlägt der Oberbürgermeister eine erneute Berichterstattung im Dezember 2013 vor, da derzeit Gespräche mit dem Landkreis Havelland geführt werden. Er habe bereits am vergangenen Samstag zum kommunalpolitischen Tag in Groß Glienicke darauf verwiesen, dass es einen Masterplan nur für den Potsdamer Norden nicht geben könne.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es um eine abgestimmte Entwicklung in diesem Bereich gehe, auch wenn das nicht Masterplan heißen kann.

Auf den Hinweis von Herrn Rietz, dass mit der möglichen Förderkulisse nur Teile der notwendigen Maßnahmen abgedeckt werden, entgegnet Herr Klipp, dass das so nicht stimme. Es gebe unterschiedliche Planungen, die auch genau deshalb in der Mitteilungsvorlage dargestellt worden seien. Diese nun auf einer weiteren „Metaebene“ zusammenfassen zu wollen, halte er unter dem Aspekt der vorhandenen Aufgabenfülle und der dafür notwendigen Personalkapazitäten nicht für sinnvoll. Herr Rietz betont, dass es um eine abgestimmte Entwicklung des ländlichen Raumes gehe, die, so Herr Klipp, auch gesichert sei. Wenn dies so nicht wäre, würde es auch keine Förderung geben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 **Information bezüglich der 3D-Straßenvermessung**

Der Oberbürgermeister informiert über einen mit der Datenschutzbeauftragten des Landes anberaumten Termin am 01. November 2013 und die Verschiebung der Maßnahme auf das Jahr 2014.

zu 4.5 **Information über den Stand der Gespräche zur Errichtung eines Gemeindezentrums für die russisch- orthodoxe Kirche in Potsdam**

Herr Klipp informiert, dass auf Grund naturschutzrechtlicher Restriktionen eine Verschiebung des Bauplatzes, auf einen Ort ohne so intensiven Baumbestand gebe und so wenig wie möglich in die sensible Landschaft eingegriffen werden müsse, notwendig sei. Die Gespräche mit der russisch-orthodoxen Kirche laufen, so dass er davon ausgehe, in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Dezember Bericht erstatten zu können.

zu 5 **Sonstiges**

Terminvorschlag für die gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses der Landeshauptstadt Potsdam und des Kreisausschusses von Potsdam

Mittelmark:

Der Oberbürgermeister informiert, dass er für die o. g. gemeinsame Sitzung den **12. 02.2014** vorschlagen werde und diese in Bad Belzig stattfinde. Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

Im Weiteren informiert er darüber, dass die **Hauptausschusssitzung am 27.11.13 erst um 17:30 Uhr** beginnen sollte, da um 17:00 Uhr das erste Licht des Chanukka-Leuchters vor dem Stadthaus "entzündet" wird und dazu auch alle Fraktionen eingeladen sind. Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

Sachstand - Livestream

Frau Ziegenbein informiert, dass die bislang favorisierte und den Fraktionen vorgestellte Variante in Zusammenarbeit mit dem Offenen Kanal der Stadt Kiel, mit der Anschaffung eines mobilen TV-Studios, der Bedienung mit eigener Manpower und der Nutzung externer Provider und Server nunmehr in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen der Landeshauptstadt Potsdam – hier Uni Potsdam und HPI - in einer etwas abgewandelten Form weiter verfolgt werde. In einem ersten Schritt werde die Aufzeichnungsleistung vom HPI unter Nutzung des dort selbst entwickelten Tele-Task-Aufnahmesystems erbracht. Wenn von Seiten der Landeshauptstadt / Stadtverwaltung die technischen Voraussetzungen dafür, wie - eine ausreichende Internetanbindung (Upload 3 besser 5 Mbit/s) mit einer festen IP-Adresse und die Bereitstellung eines tele-TASK-Player auf der Website der Landeshauptstadt Potsdam geschaffen werde, könne der Live-Stream sehr kurzfristig realisiert werden.

Die Option, das Tele-Task-Aufnahmesystem später selbst zu kaufen oder zu leasen bestehe darüber hinaus. Damit verbunden ist dann auch eine Bedienung des Gerätes durch Mitarbeiter der Landeshauptstadt Potsdam.

Geplant sei, bis maximal zur Kommunalwahl die Technik zu testen und dann über die weitere Vorgehensweise zu entscheiden.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg wird als möglicher Termin der Januar 2014 genannt.